

»Im Knast gibt's wenigstens eine Stunde Hofgang.«

Matthias Grombach kämpfte sich aus dem Heim – und fürchtet, dass das neue Bundesteilhabegesetz ihm seine Selbstbestimmung wieder nehmen könnte

Interview: Rebecca Maskos

Mit 30 im Altenheim. Für den Dessauer Matthias Grombach war das vier Jahre lang Realität. Als er 15 Jahre alt war, hatte er einen schweren Unfall, seitdem ist er hochgradig querschnittgelähmt. Dreizehn Jahre pflegten ihn seine Eltern zuhause, bis es für sie gesundheitlich nicht mehr ging. Der nur als Notlösung gedachte Heimaufenthalt wurde zum Dauerzustand, aus dem Grombach sich nur durch einen langwierigen Rechtsstreit befreien konnte. Seit sieben Jahren lebt der 40-jährige in seinen eigenen vier Wänden, mit Hilfe sogenannter Persönlicher Assistenten. Als Vorstandsmitglied des Vereins »NITSA – Netzwerk für Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung und Assistenz« berät er andere behinderte Menschen zum ambulanten Wohnen. Das geplante Bundesteilhabegesetz lässt ihn fürchten, dass er wieder ins Heim muss, und dass es anderen wie ihm ergehen kann. Deshalb engagiert er sich in der Protestbewegung gegen das Gesetz.

Wie sah Ihr Alltag im Heim aus?

Langweilig! Der Alltag im Heim ist sehr strukturiert. Da gibt es einen bestimmten Tagesablauf, damit das wenige Personal die vielen Pflegebedürftigen versorgen kann. Da wird zu bestimmten Zeiten gegessen, gewaschen und ins Bett gebracht. Es gab um halb zwölf Mittagessen und um halb sechs Abendbrot. Wenn ich mich morgens nicht gleich habe in den Rollstuhl setzen lassen, blieb ich meist den ganzen Tag im Bett, zwangsweise. War draußen schönes Wetter, war ich oft im Bett. Wenn ich nicht schon im Bett war, musste ich spätestens so um neunzehn Uhr rein. Die anderen Leute im Heim hätten alle meine Großeltern sein können. Ich hatte Phasen, in denen ich komplett down war. Ich bin froh, dass ich Freunde hatte, die mir da durchgeholfen haben.

Das klingt nach Gefängnis.

Im Gefängnis haben sie wenigstens mal eine Stunde Hofgang! (Lacht) Ich konnte höchstens ab und zu mal eine Stunde auf dem Hof rumstehen.

Jetzt leben Sie mit 24 Stunden-Assistenz, Persönlicher Assistenz. Was ist das genau und wie hat sich Ihr Leben dadurch verändert?

Ein Persönlicher Assistent ist jemand, der für mich Dinge macht, die ich nicht mehr selbst ausführen kann, motorisch. Meine Assistenten erledigen für mich meine Körperpflege, meinen Haushalt, sie unterstützen mich in meiner ehrenamtlichen Arbeit und in meiner Freizeit. Ich suche mir selbst aus, wann ich ins Bett gehe, und das ist in der Regel deutlich später als 19 Uhr. Ich kann selbst das Essen einkaufen und bin sehr viel selbstbestimmter. Ich habe viele Freundschaften geschlossen und mittlerweile auch eine Beziehung führen können, das wäre früher absolut nicht möglich gewesen.

Die Persönliche Assistenz wurde ja zunächst abgelehnt vom Sozialhilfeträger. Wie wurde das begründet?

Es geht immer um den Mehrkostenvorbehalt. Sie haben mich nur auf stationäre Einrichtungen verwiesen, weil das angeblich günstiger ist. Die wollten mir nur die Kosten in Höhe der stationären Versorgung zahlen. Das waren etwa 3300 Euro, aber das reicht für meine ambulante Versorgung nicht aus.

Das wird ja auch oft eingewandt, dass die Persönliche Assistenz teurer sei als die Heimunterbringung. Stimmt das eigentlich?

Auf den erst Blick scheint es teurer zu sein, aber wenn man die Sache mal unter die Lupe nimmt, sieht man, dass allein etwa sechzig Prozent der Kosten umgehend an den Staat zurückfließen, in Steuertöpfe, an Krankenkassen und so weiter. Dadurch kommen Leute in Arbeit, die dann kaufkräftiger sind und Steuern

zahlen. Ich habe am Anfang zum Beispiel vier Leute aus Hartz IV rausgeholt. Und behinderte Menschen haben ein Recht darauf. Es geht um unser Menschenrecht auf freie Wahl des Wohnorts. Leben außerhalb des Heims ist ein Gewinn für alle, weil es Menschen befähigt, selbstständig zu leben, arbeiten zu gehen, zu studieren und ein Familienleben zu führen.

Es gibt ja viel Kritik am Bundesteilhabegesetz. Was kritisiert NITSA?

Bestimmte Regelungen wurden ja völlig neu geschrieben, und man weiß nicht, wie das ausgelegt wird. In Freiburg wird gerade versucht, jemanden aus der Assistenz raus in ein Heim zu zwingen. Das ist die große Angst, die wir haben, denn der Mehrkostenvorbehalt wurde beibehalten, und durch den Wegfall des bisherigen Grundsatzes »ambulant vor stationär« noch weiter gestärkt. Außerdem soll es die Möglichkeit geben, Leistungen zwangsweise zusammen zu legen, zu »poolen«: Mehrere Assistenznehmer sollen sich einen Assistenten teilen. Das widerspricht völlig dem Gedanken der Selbstbestimmung und kann heimähnliche Strukturen schaffen.

Laut Bundesregierung soll das »Poolen« von Leistungen ja nur erfolgen, wenn es »zumutbar« ist und freiwillig.

Ämter und Kostenträger werden das so umsetzen, wie es vielleicht gar nicht im Gesetz steht. Auch der Mehrkostenvorbehalt, der im aktuell gültigen Gesetz steht, war eigentlich dafür gedacht, die Kostenträger vor zu hohen Kosten der stationären Versorgung zu schützen, aber tatsächlich haben die Ämter damit immer nur die ambulante Versorgung ausgehebelt. Die Sachbearbeiter haben keine Ahnung von dem, was sie jemandem zumuten können, was angemessen ist. Die kennen das nicht, weil sie sich nicht in unsere Lage versetzen können.

Es gab ja bei der Ausarbeitung des Gesetzes einen Beteiligungsprozess mit behinderten Menschen, aber offenbar sind viele Argumente nicht bei den Politikern angekommen, auch nicht bei der Bundestagsanhörung Anfang November. Und der Protest aus der Behindertenbewegung wird abgeschmettert. Wie erklären Sie sich das?

Das ist ein allgemeines Phänomen. Wenn man auch andere Gesetzgebungsprozesse verfolgt, da kommen die Betroffenen oft noch schlechter weg als vorher. Zum Beispiel bei den teilweise haarsträubenden Änderungen im neuen Hartz IV Gesetz. Das ist der Kapitalismus, der hier praktiziert wird, das sieht man ganz deutlich im sozialen Bereich. Die Umverteilung von unten nach oben ist das Problem. Ich kann da immer nur Gregor Gysi zitieren, der gesagt hat, es wurden 480 Milliarden für die Bankenrettung ausgegeben, aber mal eine Million für was Soziales oder Kulturelles, das gibt es nicht.

NITSA – Netzwerk Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung, Assistenz. <http://nitsa-ev.de/>

Junge Welt, Beilage Behindertenpolitik, 14.12.2016